

# Vertrauen verspielt

Autor(en): **Jenni, Peter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **98 (2023)**

Heft 2

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1047600>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Vertrauen verspielt

Die Begründung, dass Deutschland die Munition für die Gepard-Panzer nicht in die Ukraine exportieren darf, stösst in der Schweiz und im Ausland auf Unverständnis.

Peter Jenni

Der einfache Bürger versteht die Welt nicht mehr. Da hat eine Firma in der Schweiz Deutschland vor einigen Jahren moderne Fliegerabwehr-Kanonen mit Munition verkauft, und diese Waffen sollen nun in der Ukraine anfliegende russische Drohnen und Flugzeuge bekämpfen.

Die Träger der Kanonen sind bereits in der Ukraine und nun sollte noch die notwendige Munition dazu nachgeliefert werden. Weil inzwischen in der Schweiz das Kriegsmaterialgesetz verschärft worden ist, dürfen die Deutschen die beantragten 12 400 Schuss Munition nicht in die Ukraine liefern. Man schüttelt den Kopf und versteht die Welt nicht mehr.

Dass sich die Deutschen geprellt vorkommen, ist mehr als verständlich. Ähnliches passiert den Dänen und den Spaniern. Sie wollten unter anderem gepanzerte Fahrzeuge liefern und durften dies nicht tun, weil es die Schweiz verbietet. Dass sich die Deutschen als grösster Kunde unserer Industrie geprellt vorkommen, ist verständlich.

## Hintergründe

Es muss daran erinnert werden, dass die vormalige Oerlikon-Bührle Firma, sie heisst seit einigen Jahren Rheinmetall Air Defence, weltweit führend ist in der Herstellung von modernen Fliegerabwehrsystemen für das Heer und die Marine.

Es war im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine geplant, dass Rheinmetall bis zu 60 zusätzliche Stellen in der Schweiz schafft, um die neuen Bedürfnisse abzudecken.

Dieses Vorhaben ist nun nach dem Stopp der Lieferung gefährdet. Es stellt sich die Frage, weshalb das Schweizer Parlament dieser Verschärfung des Gesetzes zustimmte. Obschon sich der verantwort-

liche Wirtschaftsminister, Bundesrat Guy Parmelin, gegen dieses Vorhaben deutlich gewehrt hat. Die Folge ist gemäss der NZZ vom 7. Dezember 2022, dass der Käufer einer Waffe bei einem Verkauf in ein Drittland keine Munition liefern darf, weil dies das Schweizer Gesetz verbietet.

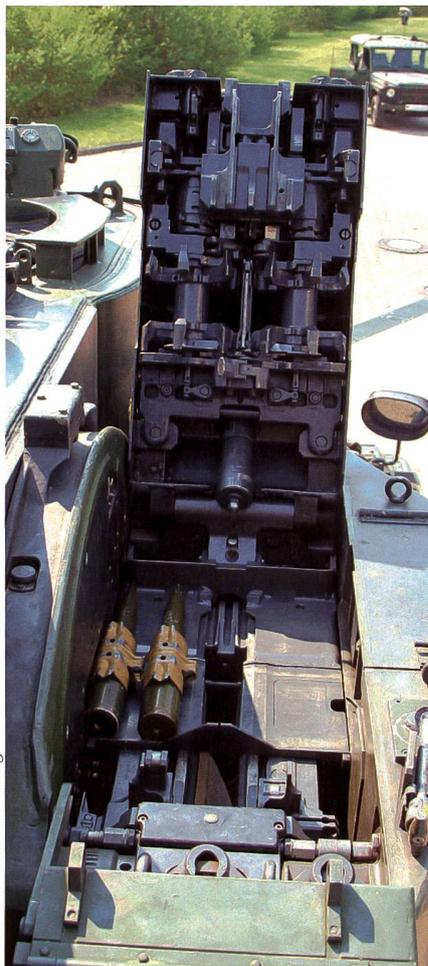


Bild: Hans-Hermann Bühling

**Munition für den Gepard. Ausgerechnet bei einem der wichtigsten Kunden hat das neue Ausfuhrgesetz katastrophale Auswirkungen auf den Industriestandort Schweiz.**

## Motion vom 7. Juni 2022

Ständerat Thierry Burkart, FDP, hat am 7. Juni 2022 eine Motion mit dem Titel: «Neutralität wahren, Stib stärken. Abschaffung der Nichtwiederausfuhr-Erklärung für Länder mit gleichen Werten und vergleichbarem Exportkontrollregime» eingereicht.

«Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine Änderung des Kriegsmaterialgesetzes vorzulegen, die vorsieht, dass auf eine Nichtwiederausfuhr-Erklärung vollständig verzichtet werden kann, wenn die Lieferung an Staaten erfolgt, die unseren Werten verpflichtet sind und über ein Exportkontrollregime verfügen, das dem unseren vergleichbar ist.

Waren sich die verantwortlichen Mitglieder im Nationalrat und im Ständerat bewusst, was diese Regelung in der Praxis bedeutet?

Es waren bei diesem Entscheid nicht nur die notorischen Armeeschaffer dabei, sondern auch Vertreter der Mitte-Partei mit ihrem Präsidenten an der Spitze. Eine der Folgen dürfte sein, dass wir in unserem Land keine Firmen mehr haben werden, die in der Lage sind, das Material unserer Armee zu warten und die nötigen Wertsteigerungen im Laufe der Zeit durchzuführen.

Die Ruag allein kann nur beschränkt helfen. Es wird dann an den notwendigen industriellen Fähigkeiten fehlen.

## Naivität

Die ganzen Diskussionen um den Export von Waffen aus der Schweiz bestätigen, dass wir in unseren Behörden zu viele naive Menschen haben, die nicht in der Lage sind, den Realitäten der internationalen Lage entsprechend zu handeln.

Sie glauben, dass die Schweiz immer und ewig in Frieden leben kann, ohne eine eigene, gut ausgebildete und ausgerüstete Armee zu haben.

Wir warten gespannt auf die Vorschläge für eine Änderung des in der Bundesverfassung festgehaltenen Auftrags an unsere Armee. Dort steht, dass die Armee in der Lage sein muss, das Land vor einem Angriff zu schützen. 